



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 015-2023
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.37

Eingereicht am: 06.03.2023

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SVP (Schneider, Biel/Bienne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 09.03.2023

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Asylmegawelle: Folgen für den Kanton Bern

Gemäss jüngsten Medienberichten wird in Gemeinden in ZH und AG Schweizern das Mietverhältnis in gemeindeeigenen Liegenschaften gekündigt, um diese anschliessend für die Unterbringung von Asylsuchenden nutzen zu können.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Plätze zur Unterbringung von Asylsuchenden sind im Kanton Bern zurzeit vorhanden? Wie viele davon sind bereits belegt?
2. Plant der Kanton weitere Unterbringungsplätze? Wenn ja, wo?
3. Plant der Kanton, auch Zivilschutzanlagen und Armeeanlagen für die Unterbringung von Asylsuchenden zu nutzen? Falls ja, welche Folgen hätte dies für die Arbeit von Zivilschutz und Armee?
4. Wie viele Personen mit Status S und wie viele im oder mit abgeschlossenem Asylverfahren (N, VA, B) wurden 2022 dem Kanton zugeteilt, und wie sahen die Zahlen in den Monaten Januar 2023 und Februar 2023 aus?
5. Wie hoch waren die Kosten 2022, und mit welchen Entwicklungen rechnet der Regierungsrat in Bezug auf die Kosten 2023 für
 - a) Versicherungsprämien für Personen im Asylbereich?
 - b) Entschädigung von Gastfamilien für die Privatunterbringung?
 - c) das gesamte Asylwesen im Kanton Bern?

Begründung der Dringlichkeit: Die Lage spitzt sich rasch zu und die Sorge in der Bevölkerung wächst. Es braucht rasche Aufklärung.

Verteiler

- Grosser Rat